

Frank-Walter Steinmeier

Die zweite Globalisierung – Auf dem Weg zu einer Ordnungspolitik für unsere Zeit

Helmut Schmidt zum 90. Geburtstag

In den Wochen, bevor Helmut Schmidt am 23. Dezember 2008 seinen 90jährigen Geburtstag feiert, richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf eine Jahrhundertgestalt der deutschen Politik. Meine Partei, unser Land, sie haben ihm vieles zu verdanken. Kaum weniger als die europäische Idee und die internationale Gemeinschaft. Als Internationalist war Helmut Schmidt einer der besten Freunde Frankreichs an der Spitze eines deutschen Staates. Zugleich war und ist er gerade durch schweres Wetter hindurch ein Atlantiker mit klarem Kurs, der die grundlegende Wertschätzung der amerikanischen Demokratie immer von offen ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten zu trennen wusste.

Eines muss dabei gleich betont werden, denn er selbst hängt es nicht an die große Glocke: Die Verbundenheit mit dem Westen ist für ihn, anders als bei manchen Konservativen, weit mehr als eine Frage des tagesspolitischen Nutzens. Sie ist eine intellektuelle Identität, deren Gründe bis auf den skeptischen Humanismus eines David Hume, die Formulierung der Menschenrechte bei John Locke, die Staatslehre eines Montesquieu und die Verantwortungsethik eines Immanuel Kant zurückreicht, die tief in der europäischen Aufklärung wurzelt. Diese Orientierung auf Freiheit und Verantwortung ist ihm auch in den internationalen Beziehungen Richtschnur seines Handelns. Es geht dabei nicht um die Anlehnung an die jeweils stärkste Macht. Es geht im Kern um universelle Werte der Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und der friedlichen Verständigung. Sie taugen auch heute als Maßstab für Verantwortung in einer



Frank-Walter Steinmeier

(* 1956) ist seit 2005 Bundesminister des Auswärtigen, seit 2007 Vizekanzler und stellvertretender SPD-Vorsitzender; Kanzlerkandidat der SPD 2009.

poststelle@auswaertiges-amt.de

globalen Ära, in der niemand mehr, auch Europa und Nordamerika nicht, die entscheidenden Probleme allein lösen kann, sondern in der wir die globalen Probleme nur in einer globalen Verantwortungsgemeinschaft lösen können.

Weltläufiger Patriot mit praktischem Urteil

Helmut Schmidt ist im Laufe seines politischen Lebens ein weltläufiger, weltkundiger Patriot geworden. Sein Blickwinkel erfasst die großen Herausforderungen. Aber sein praktisches Urteil, wie ihnen zu begegnen ist, stellt immer die realen Möglichkeiten und die Interessen Deutschlands in Rechnung. Oft rät er uns heute zur Vorsicht. Lieber bescheiden, als einmal zu großspurig, das ist seine Lehre aus der deutschen Geschichte. Doch es wäre ein grobes Missverständnis, daraus so etwas wie nationalen Isolationismus abzuleiten. Helmut Schmidt stellt die Zukunft unseres Landes in den Horizont einer sich wandelnden Welt, so wie er schon während seiner Kanzlerschaft Deutschland zur Welt geöffnet hat. Dass er von Pragmatikern wie John Dewey, von Rationalisten wie Karl Popper die Maxime

übernommen hat, gerade die großen Ziele mit kleinen Schritten anzusteuern und im Handeln dazuzulernen, hat unserer demokratischen Kultur sehr gut getan und unserem Ansehen in der Welt bestimmt nicht geschadet. Ich meine, in der Zeit seiner Kanzlerschaft hat sich die Bundesrepublik auf einen Weg gemacht, der für das vereinte Deutschland heute, zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer und inmitten einer neuen Zäsur, die Richtung weist. Bedeutende Kanzler, sagt man, haben immer ihr bestimmendes Thema. Konrad Adenauer war zweifellos der Kanzler der Westbindung. Die Sozialdemokratie unterstützte ihn darin seit den späten 50er Jahren, auch der Abgeordnete Helmut Schmidt, der sich um den Aufbau der Bundeswehr als Parlamentsarmee kümmerte und sehr entschieden gegen die von Konservativen gewollte atomare Bewaffnung argumentierte. Willy Brandt war der Kanzler der Ost- und Entspannungspolitik. Darin wurde er von den Christdemokraten leider nicht unterstützt, sogar bekämpft, als die sozialliberale Koa-

lition die Revision der polnischen Westgrenze ausschloss, mit deren Anerkennung die CDU noch bis 1990 ihre Probleme hatte. Schmidt diente Brandt als Verteidigungsminister, der gegen den Widerstand von Generälen die demokratische Forderung des Staatsbürgers in Uniform durchsetzte, von jedem Soldaten einen eigenen Kopf erwartete und per »Haarerlass« gleich auch Bart und Mähne darauf erlaubte. Pflichterfüllung ja, aber Spießertum war ihm immer ein Gräuel – Freiheit und Verantwortung auch in der individuellen Lebensgestaltung, das zeichnet den liberalen hanseatischen Sozialdemokraten aus.

»Weltwirtschaft ist unser Schicksal«

Dies zeigt er auch als der Finanzminister, den 1972 und 1973 die ganze Wucht einer Doppelkrise aus Dollarverfall und Ölpreisschock trifft und besonders in seiner Kanzlerschaft seit Mai 1974. Sein Thema ist klar:

»Weltwirtschaft ist unser Schicksal«, so beschrieb er es selbst am Ende der Amtszeit. Schon im August 1971 hatte die *Süddeutsche Zeitung* mit dem Titel »Der Dollar geht zu Boden« der Krisenstimmung Ausdruck gegeben. Die USA waren von einer massiven Vertrauenskrise des Dollars als weltweiter Leitwährung getroffen. Richard Nixon, Getriebener des katastrophalen Vietnamkriegs, hob das stabilisierende Versprechen auf, jede Geldnote in Gold einlösen zu können. Washington betrieb den Ausstieg aus dem System fester Wechselkurse und setzte die europäischen Währungen unter Druck. Das Ende von *Bretton Woods* wurde wie ein Erdbeben empfunden. Hinzu trat nach dem arabisch-israelischen Krieg von 1973 die gewollte Verknappung des Ölangebots, die den wichtigsten Rohstoff der deutschen Industrie schlagartig verteuerte. Das Wachstum, ganzer Stolz einer Generation des Wiederaufbaus, brach ein. Mit einem Schock wurde uns Westdeutschen die globale Verflechtung unserer Wirtschaft und unseres Wohlstands bewusst und wir verdanken Helmut Schmidt auch heute noch, dass er damals gemeinsam mit den französischen Freunden für neue Formate und Foren der deutsch-französischen, der europäischen und der internationalen Abstimmung geworben und sie durchgesetzt hat – übrigens durchaus gegen eine große Skepsis jenseits des Atlantiks. So ist die Schaffung der G6 untrennbar mit seinem Namen verbunden und wenn ich heute meinerseits für neue Formate und Formen der internationalen Abstimmung werbe, so tue ich das ganz im Geiste Helmut Schmidts.

Idealismus auf den Boden der Tatsachen gebracht

Prägende soziale Erfahrungen bringt man gern auf den Begriff einer politischen Generation. Die 68er stehen für die Emanzipation aus autoritären und nationalistischen Relikten. Willy Brandt hat ihnen mit

dem Leitsatz »mehr Demokratie wagen« aus dem Herzen gesprochen. Die 74er brachten den Idealismus auf den Boden der Tatsachen. Aber auch sie gibt es – und ich gehöre dazu. Was mit der Kanzlerschaft Helmut Schmidts begann, wird oft als Krisenmanagement bezeichnet. Das war es anfangs auch. Denn die wirtschaftliche Lage verlangte politische Führung mit schnellen und harten Entscheidungen. Die sozial-liberale Koalition hatte ihre Bewährungsprobe, und sie hat sie bestanden. Die Bundesregierung konzentrierte die Haushaltspolitik auf Prioritäten, sie sicherte die Investitionen – zum Beispiel in den Bildungsausbau – und sie schaffte es, die Preissteigerung zu begrenzen. Nicht zufällig kürte die *Financial Times* den Kanzler 1975 zum »Mann des Jahres«.

Die Bundesrepublik wuchs mit ihm international in eine neue Rolle. Schmidt brillierte auf dem diplomatischen Parkett diesseits und jenseits des Atlantiks. Er hatte den Respekt und das Gehör der amerikanischen Administration. Er entwickelte mit dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing ein beispielhaftes Vertrauensverhältnis. Vor allem aber zog er aus der Weltwirtschaftskrise die Konsequenz, dass die internationale Zusammenarbeit der führenden Wirtschaftsmächte eine neue Qualität gewinnen muss. Schmidt wusste, dass er Verantwortung für eine Exportnation hatte, und setzte sich für den Freihandel ein. Er argumentierte gegen wechselseitige Abschottung und für offene Märkte. Leidenschaftlich warb er in London dafür, dass Großbritannien dem gemeinsamen europäischen Markt nicht den Rücken kehrte. Zusammen wachsen war die Devise. Doch dann ging er den entscheidenden Schritt weiter: Das Zusammenwachsen wurde zum Ziel. Ich bin der festen Überzeugung, dass Helmut Schmidt der erste deutsche Kanzler war, der – lange bevor das Wort in aller Munde kam – die unwiderstehliche Dynamik der wirtschaftlichen Globalisierung verstand. Und er zog

für unser Land daraus den Schluss, dass nationalstaatliche Antworten nicht mehr genügen, die Wirtschaftspolitik einen neuen institutionellen Rahmen braucht. Gemeinsame Märkte brauchen gemeinsame Regeln. Die Nationalökonomie wurde zu eng, die Globalökonomie war noch nicht erfunden. Schmidt erlebte in den 70er Jahren die erste große Welle der Globalisierung mit ihren Schocks und Risiken. Aber er dachte voraus für die zweite Globalisierung. Er machte sich auf den Weg zu einer Ordnungspolitik für das globale Zeitalter.

Ich weiß, dass Helmut Schmidt die Formulierung »politische Globalisierung« nicht mag. Sie ist ihm zu dünn und schmeckt ihm zu sehr nach Ablenkung von den nächstliegenden Aufgaben. An dieser Stelle nehme ich es mit seinem Widerspruch auf und behaupte, dass gerade seine Initiativen als Kanzler gezeigt haben, wie es geht. Aus der doppelten Erschütterung der Währungskrisen und der Ölpreise wurde bei Schmidt die weit vorausschauende Agenda einer Weltwirtschaftspolitik. Finanzpolitische Stabilität und Sicherheit der Energieversorgung waren es, die Top-Themen der ersten Weltwirtschaftsgipfel waren. Als er sich im Sommer 1975 mit US-Präsident Gerald Ford, mit Giscard d'Estaing und den Regierungschefs von Japan, Großbritannien und Italien auf Rambouillet traf, war dies die Geburtsstunde der »G6«, aus der ein Jahr später mit Kanada die Gruppe »G7« und seit 1998 mit Russland die »G8« wurden. Seine Handschrift ist unverkennbar. Ebenso spürbar ist heute sein Einfluss für Millionen Europäer in der Geldpolitik. Denn gegen die Inflationsgefahren und gegen das Risiko von Währungsspekulationen brachten die Partner Schmidt und d'Estaing das Europäische Währungssystem auf den Weg, das 1978 auf dem Gipfel der Europäischen Gemeinschaft in Bremen beschlossen wurde und zwanzig Jahre später die Einführung des Euro als gemeinsame europäische Währung ermöglichte, mit der wir seit 2002

auch unsere Stromrechnung bezahlen und unsere Sparguthaben anlegen. Auch hier gilt: Wenn wir heute darüber nachdenken, wie wir in Zukunft die finanzpolitischen Weichen in Europa richtig stellen, dann handeln wir nach seinem Vorbild.

Ordnungspolitik für unsere Zeit

Kein Zweifel, wir sind auf dem Weg. Wir leben im Horizont der zweiten Globalisierung. Das 21. Jahrhundert, so haben wir es als ersten Satz im Hamburger Programm der SPD formuliert, ist das erste wirklich globale Jahrhundert. Für mich ein hoffnungsvoller Satz, der den Willen zum Fortschritt bekräftigt. Aber der Einschnitt, den wir heute erleben, steht wieder im Zeichen der Krise. Wieder zeigt sich, wie sehr Märkte versagen können, wie falsch die marktradikale Verheißung war, die mit Margaret Thatcher und Ronald Reagan an die Macht kam und auch bei uns den Zeitgeist der 80er Jahre prägte. Dem liberalen Helmut Schmidt verweigerten 1982 die FDP-Abgeordneten die Unterstützung, sie gaben sozialliberales Denken zugunsten ausschließlicher Wirtschaftsliberalität auf. Dieses Denken ist jetzt, zum 90. Geburtstag Helmut Schmidts, mit einem lauten Knall zu Ende gegangen. Wir stehen am Anfang einer neuen Zeit, die nach genau der Ordnung ruft, für die der Sozialdemokrat Schmidt steht, weil sie Freiheit des Einzelnen und Verantwortung für die gemeinsamen Aufgaben vereint.

»Kein Markt schafft automatisch Marktordnung«, schreibt Helmut Schmidt in seinem Buch *Außer Dienst*. »Wettbewerbsordnung und soziale Gerechtigkeit für die ökonomisch Schwächeren und Abhängigen«: »Überall muss die Regierung für Ordnung sorgen, nirgendwo kommt Ordnung von selbst«. Ordnungspolitik für unsere Zeit heißt Schutz des Klimas und Vorstoß zur ökologischen Energiewende. Sie heißt, Aufsicht über die Spekulanten, Ver-

kehrsregeln für die Finanzmärkte und Arbeit an einer globalen Finanzverfassung. Sie sorgt für Recht und Ordnung auf den Arbeitsmärkten, fördert gute Arbeit und setzt dem vom Steuerzahler subventionierten Lohndumping Grenzen. Ordnungspolitik für unsere Zeit überschreitet die Grenzen des nationalen Rechts. Die Europäische Union ist dabei unsere wichtigste politische Kraft. In ihr muss die Sozialunion mit gleicher Rechtskraft neben die Wirtschafts- und Währungsunion treten. Für die internationale Zusammenarbeit müssen wir die G8 erweitern, damit die Schwellenländer – und unter ihnen neben den großen wie Brasilien, China, Indien, Mexiko auch die aufstrebenden Nationen

mit muslimischer Bevölkerung wie die Türkei oder Indonesien – Partner in der globalen Verantwortung werden.

Nicht alle in der SPD haben Helmut Schmidt immer geliebt. Einige, selbst aus unserer Partei, haben sogar versucht, ihm abzusprechen, ein Sozialdemokrat zu sein. Heute ist die Sozialdemokratie vereint in Dankbarkeit und Stolz auf Helmut Schmidt. Sie hat ihm auf dem Parteitag in Hamburg stehend applaudierend gedankt und ich bin ihm, der mich bei meiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten der SPD für das Amt des Bundeskanzlers durch seine Anwesenheit ganz besonders unterstützt hat, auch persönlich mehr als dankbar: Sein Rat ist mir unverzichtbar!

Oliver Thränert

Europas Liebling

Obama und die transatlantischen Beziehungen

Mit dem neuen US-Präsidenten, der im Januar 2009 ins Weiße Haus einziehen wird, verbinden sich in Deutschland viele Hoffnungen. Doch der außenpolitische Aufgabenkatalog Obamas ist lang, während zugleich die Macht Amerikas schwindet. Die wichtigste Nachricht ist jedoch: Hier ist ein US-Präsident, der mit Europa zusammenarbeiten will.

Die außergewöhnliche Stellung Amerikas in der Welt beruht auf drei Pfeilern: Wirtschaft, Militär und *Soft Power*, also seiner Attraktivität als Gesellschaft. Alle drei Pfeiler sind in acht Jahren George W. Bush brüchig geworden. Das lag jedoch nur zum Teil an seiner schlechten Politik. Ausschlaggebend waren daneben globale Veränderungen. Der Einfluss Chinas oder auch Indiens ist gewachsen, während sich Russland aufgrund neu gewonnener Stärke zurückgemeldet hat. Hinzu kommen die Globalisierung der Finanzmärkte, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die umfassenden terroristischen Herausforderungen und sich weiter verschärfende



Oliver Thränert

(* 1959) ist Senior Fellow im Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP) in Berlin.

oliver.thraenert@swp-berlin.org

globale Probleme wie die Energiesicherheit und der Klimawandel. Kurzum: Sollte es den »unipolaren Moment«, wie er von neo-konservativen US-Autoren gepredigt wurde, je gegeben haben, so ist dieser vom Strudel der Weltgeschichte längst hinweggeschwemmt worden. Amerika bleibt der